

Ludwig Watzal

Politik und Moral

Sind wir auf dem Weg in eine Skandalrepublik? Bekommen wir „italienische Verhältnisse“? Deutschland sieht sich in jeder Hinsicht schweren Erschütterungen ausgesetzt. Die Fundamente des Staates scheinen sowohl politisch als auch moralisch zu erodieren. Innerhalb der politischen Klasse herrscht keine Klarheit darüber, ob das Land sich als Nation verstehen oder ob es sein noch nicht wiedererlangtes Nationalbewußtsein bereits einer unklaren „europäischen Identität“ opfern soll. Da die Situation kritisch ist, sollen die folgenden Ausführungen mit einem Appell an jeden einzelnen eingeleitet werden: Wer glaubt, daß neben der Beliebigkeit und Regellosigkeit, der Indifferenz und der Gewalt auch moralische Gesetze und Werte die Welt regieren, muß sich politisch engagieren und darf nicht länger schweigen. Menschen mit Wertorientierungen müssen sich bewußt in die Res publica einmischen. Das Gemeinwesen darf nicht den „geistlosen“ Technikern der Macht überlassen werden. Um es mit *Erich Kästner* auszudrücken: „Es gibt nichts Gutes, außer man tut es.“

Die augenblickliche Lage der Menschen in Deutschland ist von einem Paradoxon gekennzeichnet. Ökonomische und sozialpolitische Saturiertheit erzeugen nicht Zufriedenheit und Wohlbefinden, sondern Unzufriedenheit und Überdruß. Viele Menschen wirken, obwohl sie über viel Freizeit verfügen, unfrei und gehetzt. Allenthalben wird nach Orientierung, nach einer Ethik, nach Moral und Werten gerufen, weil das Gemeinwesen im individuellen Interessenkampf auf der Strecke zu bleiben droht. Der Individualismus ist als Feind des Gemeinwesens schon ausgemacht. Der Ruf nach einer Veränderung der Moral, der noch in den siebziger und achtziger Jahren mit Hohn und Spott bedacht worden ist, gehört heute zum guten Ton in allen politischen Lagern.

Konjunktur der Ethik

Anlässe, die das Verlangen nach einer neuen Moral laut werden lassen, gibt es zuhauf. Ich möchte hier nur einige erwähnen: Abtreibung, Kindesmißhandlung, Fremdenhaß, Antisemitismus, Empfängnisverhütung, Gentechnik, Atomenergie, Tierversuche, Umweltzerstörung, Kriminalität, Korruption, alltägliche Gewalt in Beruf und Familie usw. Die Sehnsucht nach allgemeiner Orientierung scheint nicht wegzuleugnen zu sein. Demzufolge sprießen Ethik Institute wie Pilze aus dem Boden; Ethikseminare haben Hochkonjunktur. Das Thema Ethik wird in allen Variationen von Berufenen und weniger Berufenen feilgeboten wie Sauerbier. Allenthalben wird von Technikethik, Umweltethik, Bioethik, Wirtschaftsethik oder politischer Ethik gesprochen. Ist es kein heilloses Unterfangen im Zeitalter der Moderne, Postmoderne

oder Nachneuzeit, wie es *Romano Guardini* bereits Ende der fünfziger Jahre nannte, den Menschen krampfhaft ethische Korsettstangen einzuziehen? Ist die Moderne nur um den Verlust der Moral zu haben? Ginge es nach der CDU-Fraktion im Düsseldorfer Landtag, so würde die „sittliche Verantwortung“ und die „Ehrfurcht vor Gott“ per Parlamentsbeschluß dekretiert. Wie realitätsfern ein solches Ansinnen ist, zeigt sich daran, daß Politiker, die ihren Beitrag zum Verfall der Werte geleistet haben, deren Einhaltung oder Wiedereinsetzung per Beschluß durchsetzen wollen. Wie eine „Ehrfurcht vor Gott“ in einer weitestgehend entchristlichten Welt vermittelbar sein soll, ist erst noch aufzuzeigen.

Wir sollten nicht glauben, es stünde für eine moralische Wiederaufrüstung kein Arsenal zur Verfügung. Eine Legion von sittlichen Haltungen oder antiquiert: von Tugenden steht Gewehr bei Fuß. Die Renaissance derselben ist angesagt. So bieten sich z.B. die Zehn Gebote, die griechischen Kardinaltugenden der Klugheit, Gerechtigkeit, Tapferkeit und Mäßigung, die noch durch die christlichen wie Glaube, Hoffnung und Liebe ergänzt werden, an. Eine Reihe sogenannter Sekundärtugenden wie Disziplin, Gehorsam, Fleiß, Mut, Verlässlichkeit, Pünktlichkeit, Sparsamkeit, Ordnung etc. stehen zur Nutzung bereit. Nicht zu vergessen die „Goldene Regel“: „Alles, was ihr wollt, daß euch die Leute tun, das tut ihnen auch.“ Für unsere Ohren etwas altmodisch klingend, hat es *Immanuel Kant* so formuliert: „Handle nur nach derjenigen Maxime, durch die du zugleich wollen kannst, daß sie ein allgemeines Gesetz werde.“ Wie sich zeigt, ist die Auswahl groß, man braucht sich nur wie in einem Supermarkt zu bedienen. Wer kann aber heute noch etwas mit der Tugend der Besonnenheit, Demut, Weisheit, Bescheidenheit, Großmut, Klugheit, Tapferkeit, Wahrhaftigkeit, Gelassenheit oder Treue anfangen? All die klugen Hinweise auf Tugenden und Regeln bedeuten aber noch gar nichts. Erst in der Praxis wird sich zeigen, was die eine oder andere Tugend oder sittliche Haltung wert ist. Sie hat augenblicklich noch mit Pluralismus, Demokratie, Durchsetzungsvermögen, Konkurrenzdenken, Freiheit, Individualität, Wettbewerb, Egoismus und Selbstverwirklichung zu konkurrieren.

Die katholische Kirche – personifiziert durch Papst *Johannes Paul II.* – setzt in der letzten Moralzyklika „Splendor veritatis“ dem Autonomieanspruch der Moderne die Wahrheit der authentischen Freiheit entgegen. Dieses ist ein Kontrastprogramm gegen die bindungslose Selbstverwirklichungsideologie des einzelnen, mit dem der Papst den Primat Roms und seine Lehre stärken will. Mit dieser „wertlosen Wahrheit“, wie sie einmal der evangelische Theologe *Eberhard Jüngel* genannt hat, erreicht der Papst aber nur noch einen sehr begrenzten Teil der Menschen. Die Mehrzahl bleibt weiter mit ihrem Wertkonflikt und ihrer Orientierungslosigkeit allein; beide sind für die Moderne so typisch. Meines Erachtens müssen wir viele Dinge von Grund auf neu lernen, dazu gehört auch eine Grundorientierung, die eine große und allgemeine Verbindlichkeit besitzt. Wer aber soll eine solche vermitteln? Die Kirchen, in die niemand mehr geht; die Eltern oder die Lehrer, die ohne eine solche aufgewachsen sind? Diese Grundorientierung muß unbedingt einen Bezug zur Wirk-

lichkeit haben. Dabei darf die Vernunft und die Freiheit des Individuums nicht auf der Strecke bleiben.

Begriffsklärungen

Bevor einige spezielle Fragestellungen diskutiert werden, gilt es, einige Begriffe zu klären, damit der Sachverhalt, um den es geht, verstanden wird. Was verstehen wir unter Politik und Moral? Wie grenzt sich Ethik von der Moral ab? Brauchen wir eine neue Moral oder eine neue Ethik? Politik wird verstanden als das, was jeden angeht und sich im öffentlichen Leben ereignet. Sie hat das gesellschaftliche Zusammenleben der Menschen zu gewährleisten und die Voraussetzungen für das materielle Wohlergehen der Bürger zu schaffen. Diese Art der Politik bezeichnete *Carlo Schmid* einmal als die Kunst, das Notwendige unter den gegebenen personellen Umständen möglich zu machen.

Moral und Ethik gehören aufs engste zusammen. Unter ersterer ist die Gesamtheit der akzeptierten und überlieferten moralischen Werturteile, Ideale und Tugenden zu verstehen. Moral kann sowohl die gelebte Sittlichkeit als auch die Lehre vom Sittlichen bedeuten. Das Sittliche stellt ein menschliches Urphänomen dar. Im Gewissen und der Erfahrung sind dem Menschen Orientierungsrahmen gegeben, die ihm aufzeigen, was gute oder schlechte Handlungen sind. Der Begriff der Moral tritt im 20. Jahrhundert gegenüber der Ethik immer stärker in den Hintergrund.

Im Unterschied dazu bezeichnet Ethik eine philosophische Disziplin. Sie fragt nach der Erklärung und der Begründung der Moral oder des Sittlichen. Die Frage nach der richtigen Entscheidung oder dem richtigen Handeln steht im Mittelpunkt; beide müssen gerechtfertigt und verantwortet werden. Ethik fragt, wie sich die Menschen verhalten sollen. Es interessiert die Ethik nicht, wie sie sich verhalten oder ob eine Handlungsweise für richtig gehalten wird, sondern ob sie richtig ist.

Es scheint, als stünden Politik, Moral und Ethik in einem Spannungsverhältnis zueinander. Politik bezeichnete ursprünglich einen ethischen Sachverhalt, denn die „Politeia“ war eine Gemeinschaft der Freien und Gleichen. Somit gilt der Gegensatz von Politik und Moral nicht in gleichem Maße für Politik und Ethik, weil beiden Bereichen ein ethisches Moment innewohnt. Mit individuellen Moralvorstellungen an die Politik heranzugehen, führt in einen Gegensatz, da die „Moralität“ des Staates von der Individualmoral verschieden sein kann. Demzufolge kommt Politik zu Unrecht in den Geruch eines schlechten Geschäftes.

Politik scheint aber nur auf den ersten Blick anrühlich zu sein. Denn der Staat leistet Aufgaben, die ein einzelner gar nicht bewältigen kann. Vom Standpunkt seiner „Moral“ aus können die Menschen auch schlecht oder unzulänglich sein. Deshalb kann man von einer Individual- und einer Staatsethik sprechen. Um den Unterschied an einem Beispiel deutlich zu machen: Für das Individuum gilt, das Gute ist zu tun, das Böse aber zu meiden. Dies gilt nicht im gleichen Maße für einen Staat. Da sich in einem Gemeinwesen eine Vielzahl von „bösen“ Vorgängen abspielen, gelingt es

dem Staat nicht, sie ganz und gar zu beseitigen. Was er tun muß, ist die Zurückdrängung solcher Vorgänge auf ein Maß, daß das gesellschaftliche Zusammenleben nicht zu sehr beeinträchtigt. Dabei genießt die Wahrung des inneren Friedens oberste Priorität. Der Staat darf gegen das „Böse“ auf der individuellen Ebene nur einschreiten, wenn es gesetzwidrig ist. Ethische Verfehlungen im Individualbereich gehören in den Bereich der Selbstbestimmung. Wenn er sich auf eine „höhere Moral“ beriefe und es dennoch täte, setzte sich der Staat ins Unrecht.

Der Staat ist aber gehalten, Verhältnisse zu schaffen, die es dem Bürger erleichtern, das ethisch Gebotene zu tun. Der innere Friede in einem Gemeinwesen ist nur dadurch gewährleistet, daß „Wahrheitsfragen“ auf die Ebene weltanschaulichen Meinens herabgestuft werden. Auch hier differieren Staats- und Individualethik. Im Entführungsfall *Hanns-Martin Schleyer*, der 1977 von Terroristen entführt wurde, ließ sich der Staat nicht erpressen. Das Bundesverfassungsgericht lehnte eine einstweilige Anordnung des Sohnes ab, der Staat möge auf die Forderungen der Erpresser eingehen. Aufgrund der Schutzpflicht der Gesamtheit der Bürger mußte in diesem Fall der Individualschutz zurücktreten. Hätte der Staat nachgegeben, wäre die Erpreßbarkeit von Verfassungen wegen festgelegt und der Schutz der Bürger unmöglich gemacht worden. Vom individualethischen Standpunkt und für die Familie eine „grausame“ Entscheidung, von der Staatsraison betrachtet aber notwendig.

Die negative Meinung über Politik scheut auch nicht davor zurück, sie auch als ethisch schlecht zu bezeichnen, obwohl die Notwendigkeit zum Handeln eingesehen wird. Ein Beispiel für diese Problematik bietet *Max Webers* Aufsatz „Politik als Beruf“. Wer Politik betreiben will, so *Weber*, habe sich ihrer ethischen Paradoxien bewußt zu sein; er lasse sich mit den diabolischen Mächten ein, die in jeder Gewalttätigkeit lauern. „Wer das Heil seiner Seele und die Rettung anderer Seelen sucht, der sucht das nicht auf dem Wege der Politik, die ganz andere Aufgaben hat: solche, die nur mit Gewalt zu lösen sind. Der Genius oder Dämon der Politik lebt mit dem Gott der Liebe ... in einer inneren Spannung, die jederzeit in unaustragbaren Konflikt ausbrechen kann.“

Ein weiterer Grund, warum Politik ein garstig Lied sei, liegt darin, daß sich Effizienz und Ethik ausschließen. Wenn man jedoch Ethik auf Moral reduziert und meint, sich deshalb nicht auf die Realität einlassen zu müssen, weil sie nicht den jeweiligen moralischen Standards entspricht und nun der Ansicht ist, mit Sollenspostulaten gegen die Wirklichkeit ankämpfen zu müssen, dem muß Politik äußerst suspekt bleiben. Wenn man sich an der Effizienz orientiert, bedeutet dies nicht zwangsläufig, sich über das ethisch Gebotene hinwegzusetzen. Unter Beachtung der ethischen Prinzipien soll man sich möglichst für die Zweckmäßigkeit einsetzen. Bedauerlicherweise wurde die Ethik in dem Maße zurückgedrängt, indem die Moralität zunahm. Ebenso hat die Macht einen amoralischen Touch. Sie gilt vielen von Natur aus als schlecht. Macht geht vor Recht, lautet eine Redewendung, und sie widerspräche der Moral und dem Geist. Machtpolitik, Machtausübung, Machterwerb, Machtmensch und Machtstreben, generell alles, was mit Macht zu tun hat, ist deshalb suspekt.

Dabei ist Macht nichts Statisches oder gar Dämonisches. *Hannah Arendt* verdeutlicht, wie Macht der permanenten Pflege bedarf, da sie sich sonst in nichts auflöst. „Macht aber besitzt eigentlich niemand, sie entsteht zwischen Menschen, wenn sie zusammen handeln, und sie verschwindet, sobald sie sich wieder zerstreuen.“ Bestes Beispiel für einen Politiker, der die Macht besonders pflegt, ist Bundeskanzler *Helmut Kohl*. Er verhält sich getreu der Maxime *Hannah Arendts*. Nicht umsonst ist er seit über 20 Jahren CDU-Vorsitzender. Macht muß man deshalb ständig pflegen, wenn sie nicht abhanden kommen soll. Alle Parteifunktionäre können ein Lied davon singen, welchen Zeitaufwand und Pflege von Beziehungen es bedarf, um sich an der Macht zu halten.

Recht und Moral

Das Verhältnis von Recht und Moral ist in diesem Zusammenhang noch etwas genauer zu beleuchten. Allgemeinhin wird beklagt, daß das Rechtsbewußtsein erodiere. Hängt dies nicht engstens mit dem Verfall von Werten und Normen zusammen? Für *Gustav Radbruch* war es ein Allgemeinplatz: „Nur die Moral vermag die verpflichtende Kraft des Rechts zu begründen.“ Somit ist die Wirksamkeit einer Rechtsnorm nicht unabhängig von der moralischen Auffassung. Unsere Politiker sollten sich deshalb nicht wundern, wenn ihre technizistischen Gesetzeswerke von den Bürgern immer wieder zu umgehen versucht werden, um ihres eigenen Vorteils willen. Ohne einen entsprechenden moralischen Grundkonsens bleibt ein Gesetz ein blutleeres Regelwerk. Jede Rechtsnorm bedarf deshalb einer Grundlage, die den Anspruch der Norm auf Befolgung Berechtigung verleiht.

Heutzutage wird auf die intersubjektive Vermittelbarkeit von moralischen Werten im voraus verzichtet, weil eine solche nicht leistbar sei. Solange die Verbindlichkeit des Rechts nicht wieder als moralisch verpflichtende Kraft eines einzelnen Rechtssatzes gedacht wird, bleibt das Dilemma bestehen. Es könnte geschehen, daß die Geltung des Rechts der Vielfalt der moralischen Standpunkte preisgegeben wird. Der Pluralismus der ethischen Standpunkte kann aber nur dann eine Gefahr für das Recht werden, wenn zu befürchten ist, daß für jedes Individuum nur seine eigene Moralvorstellung bindend ist und sonst nichts. Der Pluralismus der moralischen Standpunkte soll die „moralische“ Allgemeingültigkeit des Rechts nicht ausschließen. Demzufolge gilt unbedingt die Gleichbehandlung gleichliegender Fälle. Sie ist nur unter Hintanstellung der Individualität und der individuellen Perspektive möglich, wohingegen moralische Entscheidungen immer subjektiv geprägt sind. So kommt es häufig vor, daß zwischen der moralischen und der rechtlichen Beurteilung derselben Situation ein Spannungsverhältnis besteht. Dieser Konflikt tritt glücklicherweise nicht immer zutage, weil sich Recht und Moral nicht wie Gebot und Verbot gegenüberstehen, sondern eher wie Gebot und Erlaubnis.

Es gibt aber auch Beispiele, wo Rechtsnormen gegen den Schutz moralisch anerkennenswerter Güter verstoßen und „Unwerte“ fördern. Es läßt sich trefflich streiten, ob die Sklaverei in der Antike moralwidrig war. Die im 19. Jahrhundert von der

Rechtsordnung der Südstaaten der USA anerkannte Sklaverei war es allemal, weil schon die Unabhängigkeitserklärung von 1776 alle Menschen mit gleichen Rechten ausgestattet beschrieb. Ebenso waren die Apartheidsgesetze in Südafrika sowie der Befehl der Ex-DDR-Regierung, Menschen bei der Flucht durch Schußwaffeneinsatz zu hindern, moralwidrig, aber „rechtlich“ erlaubt. Auch die von *Franz-Josef Strauß* versuchte Durchsetzung der Steuerbefreiung für Flugbenzin – wie ökonomisch sinnvoll sie auch gewesen sein mag – führte zu einer Bruchlandung des Unternehmens, weil sie von der Mehrheit der Bevölkerung als moralwidrig empfunden worden war.

Die ethische Bringschuld der Politiker

Die Zustände in Italien und ansatzweise auch in Deutschland zeigen, daß Politik und Moral auf ihre je eigene Weise gefordert sind, und zwar in bezug auf ihre ethische Bringschuld. Hierunter sind nicht äußere Gefahren gemeint, sondern solche, die in der Natur von Politik und Moral liegen. In Italien stehen 80 Prozent der Abgeordneten des Parlaments unter Anklage. Höchste Repräsentanten des Staates stehen unter dem dringenden Tatverdacht, mit kriminellen Organisationen wie der Mafia zusammengearbeitet zu haben, ja in Morde an Politikern und aufsässigen Staatsanwälten verwickelt gewesen zu sein. Von italienischen Verhältnissen sind wir in Deutschland hoffentlich noch weit entfernt. Unsere Skandale erscheinen im Vergleich zu den italienischen als Petitessen. Aber auch unser politisches System und dessen Repräsentanten leiden an einer moralischen Auszehrung.

Insbesondere nach der Wiedervereinigung stürzen immer wieder Politiker wegen finanzieller Unregelmäßigkeiten oder Verquickung von Amt und Privatinteressen. Die Verfehlungen könnte man leicht unter menschliche Unzulänglichkeiten verbuchen, wenn sie nicht symptomatisch für eine politische Klasse zu werden drohten und sich damit zu einer Gefahr für das politische System entwickeln könnten. Man kann nur schmunzeln, wenn sich *Jürgen Möllemann* als Promotor von Chips für Einkaufswagen für einen Verwandten auf Ministerbriefbögen verwendet, Ex-Verkehrsminister *Günter Krause* sich einen Teil des Gehaltes für eine Hausangestellte vom Arbeitsamt erstatten läßt oder wie jüngst die Berliner FDP-Vorsitzende *Carola von Braun* sich einige ihrer Figaro-Besuche aus der Fraktionskasse der FDP bezahlen läßt. Auch die überhöhten Gehaltszahlungen an Westminister in Sachsen-Anhalt und Thüringen, *Oskar Lafontaines* Pensionszahlungen, die obskuren Vorgänge beim Hessenlotto und die Übernahme der privaten Renovierungskosten einer hessischen Ministerin durch den Staat, *Peter Gauweilers* Verpachtung seines Mandantenstammes und die ominöse Zugewinnklausel oder die als „Traumschiff-“, „Spelunken-“ und „Amigo-Affäre“ aufgefliegenen Skandalchen, werden einmal als Fußnoten der Geschichte belächelt werden. Vielleicht kommt die selbstherrliche Herrschaft eines *Franz Josef Strauß* und die damit zusammenhängende Zwick-Affäre noch am ehesten an „italienische Verhältnisse“ heran. Keiner der Betroffenen hätte den Weg zum Sozialamt antreten müssen, wenn er diese „Mehreinnahmen“ oder „Vergünstigun-

gen“ nicht gehabt hätte. Und genau hier liegt das Skandalöse dieser Petitesse; sie wirken verheerend auf die allgemeine Moral der Bevölkerung. Den Menschen überhaupt – und hier insbesondere den in den neuen Bundesländern – ist nicht zu vermitteln, daß Glücksritter der zweiten und dritten Garnitur aus dem Westen in einer katastrophalen wirtschaftlichen und finanziellen Lage des Staates auch noch den letzten Pfennig, der ihnen von Rechts wegen zustehen mag, rauspressen, wo auf der anderen Seite Millionen Menschen nicht wissen, wovon sie morgen ihre Miete bezahlen und leben sollen. Nicht die Kritik an diesen Zuständen richtet das Gemeinwesen zugrunde, sondern das Verhalten einer gewissen Sorte von Politikern, die sich immer mehr zu einer politischen Kaste ohne Bodenhaftung emanzipieren. Es wird nicht ein politischer Moralapostel oder Saubermann gefordert, sondern nur Selbstverständlichkeiten angemahnt. Individualinteressen oder persönliche Vorteile müssen wieder gegenüber den Interessen des Gemeinwesens zurücktreten.

Dürfen wir uns überhaupt über ein solches Verhalten von Teilen der politischen Klasse noch erregen? Sind die Politiker nicht Abbild der Gesellschaft? Passiert ähnliches nicht alltäglich? Die Antwort darauf ist Ja und Nein. Jedes Volk verdient die Repräsentanten, die es sich wählt. Insofern sind sie ein Spiegel der Gesellschaft. Aber abfinden mit diesen traurigen Zuständen darf man sich nicht. Der Rückzug in den Subjektivismus oder moralischen Rigorismus wäre der falsche Weg, er gefährdet die Moral und ist letztendlich unpolitisch und damit gefährlich. Wenn die Parteien keine bessere Personalrekrutierung betreiben können, kann sich der Bürger diesen Politikertypus durch Abwahl vom Halse schaffen. Dazu ist es dem Bürger zu ermöglichen, auf den Parteilisten Kandidaten zu streichen oder auf vordere Plätze zu wählen. Sollte beides nicht helfen, kann er die Partei wechseln. Eine ganze Anzahl neuer Parteien konkurrieren mit den Altparteien derzeit um die Macht.

Dieser praktischen Möglichkeit kann sich jedermann leicht bedienen, aber damit ist ihm noch keine neue Grundorientierung an die Hand gegeben, die ihm als Leitfaden dienen kann. In einer postmodernen und wertpluralen Zeit, in der nach wie vor Unrecht wie Wasser getrunken wird, wäre es zu einfach, sich auf überlieferte Normsysteme wie christliche oder humanistische sowie Leitbilder aus der Politik zu berufen; dies wäre darüber hinaus anachronistisch. Obwohl unsere Seelen durch die auf Konsum zugeschnittene Massenkultur verstümmelt sind, trägt jeder Mensch das „Moralische Gesetz“ in sich, wie schon der Apostel *Paulus* festgestellt hat. Jeder weiß im Prinzip, was gut und was schlecht ist. Der Mensch muß sich nur wieder bewußt machen, daß er ein freies und gesittetes Wesen ist. Der Kompaß des moralischen Gesetzes ist das Gewissen und die Erfahrung, die Welt der zahlreichen Deutungssysteme stehen ihm zur Auswahl zur Verfügung. Dies zu akzeptieren setzt aber Toleranz als Leitbild voraus. Die Wahl für ein glückendes Leben muß der einzelne aber in Freiheit dann alleine treffen.